



Sowohl das geplante Pflege neuordnungsgesetz als auch der Entwurf des GKV-Stabilisierungsgesetzes stehen aus Sicht der Verbände im Widerspruch zu den Zusagen des Koalitionsvertrags. Foto: Adobe Stock/Robert Kneschke

Wie ernst ist die Lage wirklich?

Der Entwurf zum GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz löst in der ambulanten Pflegebranche heftige Debatten aus. Berater Andreas Heiber dagegen rechnet vor, dass die finanziellen Auswirkungen überschaubar bleiben dürften.

Von Asim Loncaric
und Lukas Sander

Im Kern sieht der Entwurf eines GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetzes vor, die Refinanzierung von Tarifsteigerungen in der häuslichen Krankenpflege nach SGB V wieder an die Grundlohnsummensteigerung zu koppeln. Vergütungssteigerungen dürften damit künftig

nicht stärker ausfallen als die beitragspflichtigen Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Für 2026 liegt diese Grundlohnsummensteigerung laut Bundesgesundheitsministerium bei 5,17 Prozent.

Die 2022 unter dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eingeführte Tarifreuegung verpflichtet Pflegeanbieter zur tarifgerechten Bezahlung – bei gleichzeitiger vollständiger Refinan-

zierung durch die Kostenträger. Diese Logik droht nun im SGB-V-Bereich aufgeweicht zu werden. Im SGB XI bleibt die Verpflichtung zur tarifgerechten Bezahlung dagegen bestehen.

Auf der „Häuslichen Pflege Woche“ in Potsdam warb Unternehmensberater Andreas Heiber für eine sachlichere Betrachtung. Die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst (TVöD VKA) liege für 2026 bei 2,8 Prozent – und damit deut-

lich unter der Grundlohnsummensteigerung von über fünf Prozent. „Wenn ich bei TVöD in diesem Jahr 2,8 Prozent Steigerung habe, aber die Grundlohnsumme über fünf Prozent liegt, spare ich faktisch null ein“, so Heiber.

Die Regelung würde ohnehin erst ab 2027 und nur für neue Vergütungsverhandlungen greifen. Die von der Politik erwartete Einsparung von 130 Millionen Euro entspreche bei Gesamtausgaben der häuslichen Krankenpflege inklusive außerklinischer Intensivpflege von rund 11,95 Milliarden Euro lediglich etwa 1,1 Prozent. Gemessen an den GKV-Gesamtausgaben von rund 336 Milliarden Euro sei das „im Verhältnis ein Fliegenschiss“.

Auch bei der Lohnentwicklung sieht Heiber wenig Anlass zur Dramatisierung. Das Lohnniveau in der Pflege liege inzwischen deutlich über dem Durchschnitt anderer Ausbildungsberufe. Künftig seien eher normale Tarifsteigerungen zu erwarten. Hinzu komme ein demografischer Effekt: Wenn langfristig Beschäftigte mit hohen Eingruppierungen in den Ruhestand gingen und jüngere Mitarbeitende auf niedrigeren Erfahrungsstufen einstiegen, könnten die durchschnittlichen Personalkosten mancherorts sogar sinken. Kritisch sieht Heiber allerdings den „Rasenmäher“-Ansatz der Bundesregierung, der ohne ausreichende Wirkungsanalyse umgesetzt werde.

Deutlich schärfer fällt die Reaktion der Wohlfahrtsverbände aus. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, sieht den par-



„Dass jetzt das Abendland untergeht, glaube ich nicht.“

Andreas Heiber
Foto: privat

teübergreifenden Konsens zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gefahr. Der Referentenentwurf schaffe Unsicherheit, zerstöre Vertrauen und drohe den Fach- und Arbeitskräftemangel zu vergrößern.

Elke Ronneberger, Bundesvorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, nennt die geplante Streichung der Vollfinanzierung tariflicher Löhne „schlichtweg unverantwortlich“. Das wirtschaftliche Risiko werde auf die Leistungserbringer verlagert – mit Folgen für Angebotsstruktur und Versorgungssicherheit. Thomas Neeb, Vorstandsvorsitzender des DEVAP, sieht einen Widerspruch zum Tarifreuegesetz und warnt vor einem „demokratiegefährdenden Signal“. Bereits jetzt entschieden sich Anbieter wegen wachsenden wirtschaftlichen Drucks zum Marktaustritt.

Sowohl das geplante Pflege neuordnungsgesetz als auch der Entwurf des GKV-Stabilisierungsgesetzes stehen aus Sicht der Verbände im Widerspruch zu den Zusagen des Koalitionsvertrags. Die einnahmenorientierte Ausgabenpolitik setze auf kurzfristige Ausgabenreduktion durch Leistungskürzungen, strengere Zugangsvoraussetzungen und Mehrbelastungen für Pflegebedürftige. Schoen fordert eine verbindliche Roadmap für eine sozial gerechte Finanz- und Strukturreform.

Heiber räumt ein, dass vieles davon abhänge, ob die geplanten Änderungen überhaupt in der diskutierten Form umgesetzt würden. Sein Fazit fällt nüchtern aus: „Dass jetzt das Abendland untergeht, glaube ich nicht.“